



# NEWSLETTER



**KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL**

**13. Februar 2008**  
**Sebastian Schweiger**  
**Silke Schmidt-Thrö**  
**Barbara Einhäuser**

## **Der Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon – Stand der nationalen Verfahren**

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon den Reformvertrag. Damit der „Vertrag von Lissabon“ wie geplant am 01. Januar 2009 in Kraft treten kann müssen zuvor alle 27 Mitgliedstaaten das Vertragswerk ratifizieren.

Fast alle Länder haben angekündigt, den Reformvertrag auf dem Weg der parlamentarischen Ratifikation anzunehmen. Die Termine für die dafür notwendigen Abstimmungen werden von den jeweiligen nationalen Regierungen festgelegt. Auch hinsichtlich der erforderlichen Mehrheiten und der Anzahl der beteiligten Institutionen bestehen beachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten.

Am 08. Februar 2008 ratifizierte Frankreich, wo im Jahre 2005 der Verfassungsvertrag in einem Referendum abgelehnt worden war, als fünfter Mitgliedstaat der EU den Vertrag von Lissabon. Ungarn hatte den Vertrag als erstes Mitgliedsland bereits am 17. Dezember 2007 ratifiziert. Darüber hinaus ist der Vertrag inzwischen auch in Slowenien, Malta und Rumänien angenommen worden. Ein Referendum ist allein in Irland fest vorgesehen. In Großbritannien und Portugal ist noch offen ob es zu einem Referendum kommen wird.

Ziel des vorliegenden Newsletters ist es einen Überblick über Stand und Fortgang des Ratifizierungsverfahrens in den Mitgliedstaaten der EU zu geben.

### **Belgien**

Da die belgische Verfassung keine Volksabstimmung vorsieht wird der Vertrag von Lissabon unter Koordination des Außenministeriums durch die fünf bestehenden Regionalparlamente (Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft, Parlament der Französischen Gemeinschaft, flämisches Regionalparlament, Parlament der Region Brüssel Hauptstadt, Wallonisches Parlament) sowie dem Senat und der belgische Abgeordnetenkammer ratifiziert werden. Zum Inkrafttreten ist jeweils eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten erforderlich. Am 16. Januar 2008 kündigten die belgische Regierung und die Parlamente an, den Vertrag noch vor der Sommerpause ratifizieren zu wollen.

Vor allem bedingt durch die sechsmonatige innenpolitische Krise in Belgien war die Debatte über die Europapolitik des Landes lange Zeit in den Hintergrund getreten. So folgten nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon keine direkten Reaktionen und Stellungnahmen seitens der flämischen und wallonischen Parteien. Nichts desto trotz gibt es bei den

mehrheitsfähigen politischen Kräften in allen Regionen einen Konsens über die Notwendigkeit institutioneller Reformen, mehr Bürgernähe und einer Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU. Initiativen und Resolutionsentwürfe wie die der Grünenabgeordneten Wouter de Vriendt und Zoé Genot, die eine Volksbefragung zum Lissabonvertrag vorschlugen hatten, fanden keinen Widerhall.

### **Bulgarien**

Zur Ratifikation des Vertrages Bulgarien bedarf es einer einfachen Mehrheit im Parlament. Am 04. Februar 2008 wurde der Vertrag zur Ratifikation ins Parlament eingebracht. Nahezu alle Parteien gelten als Befürworter des Vertrags, weshalb seine Annahme als gesichert gilt.

### **Dänemark**

In Dänemark wird der Vertrag von Lissabon per Parlamentsbeschluss ratifiziert. Zu rechnen ist mit der Verabschiedung noch im Frühjahr 2008. Die Ratifikation durch einfache Mehrheit gilt als ungefährdet.

Unabhängig davon soll voraussichtlich im Herbst per Referendum über die bestehenden dänischen Opt-outs entschieden werden. Die Ausnahmen betreffen die Gemeinsame Verteidigungspolitik, die Justizpolitik sowie den Euro und die EU-Staatsbürgerschaft. Für Juni wird ein Bericht des Dänischen Instituts für Internationale Studien erwartet, der die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die opt-outs bewertet. Unklar ist noch, ob es zu Referenden zu allen vier opt-outs kommen wird. Auch ist noch offen, ob in diesem Fall über die opt-outs im Einzelnen oder als Gesamtpaket abgestimmt wird.

### **Deutschland**

In Deutschland wird den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. Laut Grundgesetzes bedarf eine Annahme des Vertrages hierfür einer 2/3-Mehrheit im Bundesrat bzw. Bundestag. Die Bundesregierung hat das Gesetz zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon bereits am 19. Dezember 2007 beschlossen. Die Ratifikation durch Bundestag und Bundesrat soll bis Mai 2008 abgeschlossen sein. Am 15. Februar 2008 wird der Bundesrat zum ersten Mal darüber beraten. Im Bundestag sind die erste Lesung für den 06. oder 07. März 2008, die zweite Lesung und Schlussabstimmung für den 24. oder 25. April vorgesehen. Die zweite Beratung im Bundesrat soll dann am 23. Mai 2008 stattfinden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Vertrag von Lissabon als einen "historischen Erfolg". In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 12. Dezember 2007 sprach sie von einer "Wegmarke zu mehr Handlungsfähigkeit in Europa". Die Staats- und Regierungschefs hatten sich unter deutscher Ratspräsidentschaft im Juni 2007 auf ein konkretes Mandat für die Regierungskonferenz verständigt. Auf der Grundlage der Ergebnisse

dieser Regierungskonferenz wurde der Reformvertrag ausformuliert und als Vertrag von Lissabon unterzeichnet.

### Estland

In Estland bedarf es einer einfachen Mehrheit im Parlament, um den Reformvertrag zu ratifizieren. Nachdem alle im Parlament vertretenen Parteien ihre Unterstützung für den Vertrag zugesichert haben, erscheint die Vertragsbestätigung in der ersten Jahreshälfte 2008 als ungefährdet.

### Finnland

Trotz der geänderten Zusammensetzung des finnischen Parlaments im Zuge der Wahlen im Jahre 2007, müsste die erforderliche 2/3- Mehrheit im finnischen Parlament ungefährdet erreicht werden. Der Verfassungsvertrag war seinerzeit mit großer Mehrheit angenommen worden.

### Frankreich

In Frankreich ist der Vertrag von Lissabon ratifiziert. Die Ratifizierung, die eine Verfassungsänderung voraussetzte, erfolgte endgültig am 08. Februar 2008. Die französische Nationalversammlung hatte am 07. Februar 2008 mit großer Mehrheit dem EU-Vertrag zugestimmt. 336 Abgeordnete stimmten für, nur 52 gegen den Vertrag. Auch im Senat war die Zustimmung Tags darauf mit 265 Ja und 42 Nein-Stimmen hoch. Frankreich ist damit nach Ungarn, Slowenien, Malta und Rumänien der fünfte Mitgliedstaat der den Vertrag ratifiziert hat. Der Vertrag von Lissabon, so Premierminister Fillon, ziehe die Lehren aus dem negativen französischen Votum zum Verfassungsvertrag. Die Ratifikation sei ein historischer Moment für Frankreich so Fillon.

Das dreistufige Verfahren zur Verfassungsänderung war kurz zuvor abgeschlossen worden: So stimmte am 16.01.2008 zunächst die Assemblée National der Verfassungsänderung zu. 304 Abgeordnete stimmten mit ja, 77 mit nein und 100 enthielten sich. Am 29. Januar 2008 stimmte dann der Senat mit 210 von 258 abgegebenen Stimmen für das Gesetz zur Verfassungsänderung. Mit mehr als der notwendigen 3/5-Mehrheit (560 Ja-Stimmen, 181 Nein-Stimmen, 152-Enthaltungen) nahm am 04. Februar 2008 dann auch die gemeinsame Versammlung von Abgeordneten und Senatoren, der Congrès, das Gesetz an.

Die Nein-Stimmen sowie die Enthaltungen in den drei Abstimmungen über das verfassungsändernde Gesetz kamen zum Großteil aus dem Lager der französischen Sozialisten, die sowohl in der grundsätzlichen Haltung zum Vertrag als auch in der Frage seiner Ratifikation gespalten waren. Viele Abgeordnete und Senatoren der PS stimmten trotz von der Parteispitze

gefasstem Beschluss, sich zu enthalten, mit Ja oder mit Nein. Auch konnten sich führender Sozialisten nicht mit ihrer Forderung nach einem Referendum durchsetzen.

### Griechenland

Die Ratifikation des Reformvertrags erfordert in Griechenland eine einfache Mehrheit im Parlament, die aufgrund der Zustimmung der Regierungspartei Nea Demokratia wie auch der größten Oppositionspartei PASOK als gesichert gilt.

### Irland

Die Republik Irland ist das einzige Land innerhalb der Europäischen Union, in dem ein Referendum zur Ratifikation des Reformvertrags verbindlich durch die Verfassung vorgeschrieben ist. Die Regierung hatte erklärt sie plane das Referendum noch in der ersten Hälfte des Jahres. Das Datum soll in den kommenden Wochen festgesetzt werden.

Die Zustimmung im Parlament kann als gesichert gelten: Sowohl Bertie Aherns Fianna Fail als auch die großen Oppositionsparteien Fine Gael und Labour unterstützen den Vertrag. Die irischen Grünen – Juniorpartner der Regierungskoalition und früher Gegner des Verfassungsvertrages – konnten sich zuletzt nicht auf eine Position zum Vertrag von Lissabon einigen. Abgelehnt wird der Vertrag von der nationalistischen Sinn Fein. Darüber hinaus hat sich jüngst auch eine der größten Gewerkschaften des Landes, Unite, gegen den Lissaboner Vertrag ausgesprochen.

Auch wenn ein Datum für das Referendum noch nicht festgelegt ist, machen sich Befürworter und Gegner mit ihren Kampagnen schon bereit. Erwartet wird eine lange und harte Debatte. Ein Thema, das bereits jetzt in die Diskussion geraten ist, ist die niedrige irische Körperschaftssteuer. Es gibt Befürchtungen, diese könne durch Steuerharmonisierung innerhalb der EU gefährdet werden. Weitere sensible Themen sind sicherheits- und rechtspolitische Themen, die Irlands neutrale bzw. unabhängige Position beeinträchtigen könnten. Umfragen zeigen eine große Zahl an Unentschiedenen.

### Italien

In Italien wird der Vertrag von Lissabon ebenfalls parlamentarisch ratifiziert werden. Dafür sind nur einfache Mehrheiten sowohl in der Abgeordnetenkammer als auch im Senat erforderlich. Aufgrund der jüngsten Regierungskrise in Italien und den Mitte April durchzuführenden Neuwahlen gibt es für die Ratifikation noch keine konkreten Daten.

### Letland

Die Voraussetzung für die Annahme des Reformvertrags in Lettland ist eine einfache Mehrheit, die in zwei Lesungen bestätigt werden muss. Bisher hat keine in der Volksvertretung vertretene Partei eine negative Haltung gegenüber dem Vertrag von Lissabon signalisiert, weshalb die lettische Zustimmung ungefährdet erscheint. Bis zum Sommer 2008 soll der Ratifikationsprozess abgeschlossen sein.

### Litauen

Der Vertrag von Lissabon gilt in Litauen als ratifiziert, wenn sich im Parlament eine einfache Mehrheit für den Reformvertrag ausspricht. Die Unterstützung für den Vertrag zieht sich durch alle litauischen Parteien, weshalb die Zustimmung des Parlaments noch vor den Wahlen im Oktober 2008 als sehr wahrscheinlich gilt.

### Luxemburg

In Luxemburg wird es eine parlamentarische Ratifikation des Lissaboner Vertrages geben. Ein konsultatives Referendum, wie es im Zuge der Ratifizierung des Verfassungsvertrages durchgeführt worden war, findet nicht statt. Am Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon hatte Premierminister Jean-Claude Juncker der Presse erklärt, der Vertrag ermögliche es der EU nun nach außen gestärkt aufzutreten und im Inneren schneller Entscheidungen zu treffen.

Der Ratifikationsprozess ist mit der Annahme des entsprechenden Gesetzesentwurfes durch das Kabinett am 21. Dezember 2007 und der Zuleitung an das Parlament am 25. Januar 2008 eingeleitet worden. Außenminister Asselborn hatte die Hoffnung geäußert, Luxemburg könne den Vertrag als eines der ersten Länder ratifizieren und den Prozess noch im ersten Semester 2008 erfolgreich abschließen. Die für eine Ratifizierung im Parlament notwendige einfache Mehrheit gilt als gesichert.

### Malta

Als dritter Mitgliedsstaat hatte Malta am 29. Januar 2008 den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Die Annahme durch das Parlament erfolgte einstimmig. In der Debatte im Parlament hob Premierminister Gonzi den zusätzlichen sechsten Sitz für Malta im Europäischen Parlament und das Eintreten für die Berechtigung Maltas bestimmte Gelder aus dem EU-Kohäsionsfonds zu empfangen als Erfolg der Regierung in den Verhandlungen des Vertrags von Lissabon hervor. Für die Herausforderungen der Glosablisierung, illegale

Immigration, Klimawandel und die Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten sei Malta als Mitglied in der EU besser gerüstet.

### Niederlande

In einer unverbindlichen Stellungnahme hatte sich der Staatsrat in den Niederlanden bereits am 12. September 2007 dafür ausgesprochen, den Reformvertrag parlamentarisch zu ratifizieren. Er berühre die nationale Verfassung nicht direkt und müsse nicht im Zuge eines Referendums verabschiedet werden. Daraufhin kündigte der niederländische Premierminister und Vorsitzende der Christdemokraten Jan Peter Balkenende an, den Vertrag per Parlamentsbeschluss zu ratifizieren. Dafür ist in den Niederlanden eine einfache Mehrheit in beiden Kammern von Nöten. Allerdings könnte der Entschluss der Regierung noch aus dem Parlament gekippt werden, falls sich eine Mehrheit für eine Initiative mit dem Ziel eines Referendums formieren würde. Ein solcher Antrag könnte jedoch wiederum durch die referendumskritische Mehrheit im Senat zurückgewiesen werden, weshalb eine parlamentarische Ratifikation und die Annahme des Vertrags von Lissabon in den Niederlanden als sehr wahrscheinlich gilt.

### Österreich

Die Koalitionspartner ÖVP und SPÖ haben sich in Österreich für eine parlamentarische Ratifikation des Reformvertrages ausgesprochen. Eine Änderung an den Grundprinzipien der österreichischen Bundesverfassung sei mit dem Vertrag nicht verbunden. Eine Volksabstimmung müsse demnach nicht durchgeführt werden. Für eine Annahme des Reformvertrags ist sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Am 05. Februar 2008 startete der Nationalrat mit einer Reihe von Expertenanhörungen im Verfassungsausschuss das Ratifizierungsverfahren. Weitere Sitzungen des Ausschusses sind für den 27. Februar 2008 und für den 25. März 2008 anberaumt. Die Abstimmung im Nationalrat wird frühestens im April erfolgen. Sowohl ÖVP als auch SPÖ und Grüne unterstützen die Ratifikation des Vertrages, weshalb die Zweidrittel-Mehrheit erreicht werden dürfte. Nichts desto trotz ist im österreichischen Parlament eine breite Diskussion über das Für und Wider des Vertrages im Gange. Hintergrund: FPÖ und das BZÖ sehen durch den Vertrag die Souveränität Österreichs gefährdet und fordern vehement eine Volksbefragung. Das BZÖ erwägt seine Zustimmung zu Termin und Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse zu verweigern um den zeitlichen Fahrplan der Regierung zu blockieren. In Kärnten hat Landeshauptmann Jörg Haider (BZÖ) inzwischen 15.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt. Die dortige Wahlbehörde muss nun neben der Echtheit der Unterschriften prüfen, ob die EU-Verfassung in den Kompetenzbereich des Landes fällt. Nur in diesem Fall wäre eine Volksbefragung rechtens.

## Polen

In Polen wird der Vertrag von Lissabon auf dem Wege der parlamentarischen Ratifikation angenommen werden. Am 07. Februar 2008 teilte der stellvertretende Außenminister Borkowski mit, dass die Regierung Staatspräsident Kaczynski den Vertrag von Lissabon am 19. Februar 2008 zur Ratifikation vorlegen werde. Gleichzeitig werde ein entsprechender Gesetzentwurf zur Genehmigung der Ratifikation im Sejm eingereicht. Sobald das Gesetz verabschiedet werde und in Kraft trete, könne der Lissaboner Vertrag ratifiziert werden. Premierminister Donald Tusk hatte sich in seiner Amtsantrittsrede für die Ratifikation des Vertrags von Lissabon ausgesprochen. Dass Tusk sich auch für die Beibehaltung des von Vorgänger Jaroslaw Kaczynski ausgehandelten opt-outs in Bezug auf die Grundrechtcharta ausgesprochen hat dürfte wesentlich auch auf die notwendige Zusammenarbeit mit Präsident Lech Kaczynski und seiner Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) zurückzuführen sein. Die meisten Gesetzentwürfe kann der Präsident mit einem Veto blockieren, welches das Parlament nur mit Dreifünftelmehrheit überstimmen kann - dazu brauchen Tusks Bürgerplattform und ihr Koalitionspartner, die Polnische Bauernpartei, dann entweder die Kaczynski-Partei PiS oder die oppositionellen "Linken und Demokraten".

## Portugal

Die Frage der Art und Weise der Ratifikation des Vertrags von Lissabon ist in Portugal noch nicht geklärt. Zwischen den Parteien gibt es noch Diskussionen, ob es ein Referendum geben soll. Bereits über den Verfassungsvertrag sollte 2005 in einer Volksabstimmung entschieden werden, die jedoch nach den negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden auf Eis gelegt wurde. Der amtierende Premierminister José Sócrates sprach sich am 09. Januar 2008 für eine parlamentarische Ratifikation des Vertrages aus. Eine einfache Mehrheit im portugiesischen Parlament ist für die Ratifikation ausreichend. Die parlamentarische Unterstützung für den unter portugiesischer Ratpräsidentschaft unterzeichneten Vertrag ist durch die beiden großen Parteien gegeben.

## Rumänien

Als viertes Mitgliedsland ratifizierte Rumänien am 04. Februar 2008 den Vertrag von Lissabon. Mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der Vertrag in einer gemeinsamen Sitzung der rumänischen Abgeordnetenkammer und des Senats angenommen. Premier Călin Popescu-Tăriceanu, wies darauf hin, dass dies der erste europäische Vertrag sei, den Rumänien als Mitgliedsstaat unterzeichne. Mit der frühzeitigen Ratifizierung wolle Bukarest ein deutliches Signal für ein starkes und dynamisches Europa setzen.

Kurz vor der Abstimmung hatte der französische Präsident Nicolas Sarkozy vor den rumänischen Abgeordneten gesprochen. Er war für einen Staatsbesuch nach Rumänien gereist. Rumänien danke Frankreich für seine Unterstützung beim EU-Beitritt des Landes, sagte der Präsident der Abgeordnetenkammer, Bogdan Olteanu, anlässlich des Besuchs.

### Schweden

Die schwedische Regierung hat erklärt, dass der Vertrag von Lissabon per Parlamentsbeschluss verabschiedet werden wird. Schweden gehörte zu jenen Ländern, die den EU-Verfassungsvertrag nicht ratifiziert hatten, da die schwedische Regierung nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden den weiteren Prozess zunächst beobachten wollte. Inzwischen ist von der Regierung mit der Veröffentlichung des Vertrages von Lissabon zunächst ein umfassender Konsultationsprozess eingeleitet worden, der Regierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft erlaubt, Stellung zu nehmen. Dieser Konsultationsprozess endet am 25. März 2008.

### Slowakei

In der Slowakei ist die Ratifikation des Vertrages vorerst ausgesetzt worden. Mit der Verabschiedung wird nun im März 2008 gerechnet, wenn die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition um das von der Regierung vorlegte Pressegesetz beigelegt ist.

Aus Protest gegen den Gesetzentwurf, den die OSZE stark kritisiert hatte, war die Opposition der Abstimmung zum Vertrag von Lissabon mehrmals ferngeblieben. Mikulas Dzurinda, vormals Premierminister und Chef der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU), und Pal Csaky, Chef der Partei der Ungarischen Koalition (SMK), erklärten, sie seien nicht gegen den EU-Reformvertrag. Sie wollen mit dem Boykott der Abstimmung erreichen, dass die Regierungskoalition den Gesetzentwurf zurückzieht, der nach Meinung der Opposition durch eine Ausweitung des Rechtes auf Gegendarstellungen die Demokratie bedrohe. Dzurinda erklärte, gleich nach einer Korrektur des Mediengesetzes sei die Opposition bereit, für den EU-Reformvertrag zu stimmen.

Die von Robert Fico geführte Regierungskoalition aus einer sozialdemokratischen und zwei rechtspopulistischen Parteien verfügt über 85 der 150 Stimmen im Parlament. Für eine Ratifizierung sind jedoch 3/5, also 90 Stimmen, nötig. Bislang hat sich nur die Christlich-demokratische Bewegung (KDH) dem Reformvertrag gegenüber kritisch geäußert und forderte eine öffentliche Diskussion. So sagte deren Vizechef Martin Fronc, der Vertrag sei zwar besser als die gescheiterte EU-Verfassung, trotzdem sei eine öffentliche Diskussion über die Folgen seiner Umsetzung notwendig.



### Slowenien

Slowenien ratifizierte am 29. Januar 2008 als zweiter Mitgliedstaat nach Ungarn den Vertrag von Lissabon. 74 von 90 Abgeordneten stimmten für den Vertrag. Die Regierung des Ministerpräsidenten Janez Jansa (SDS), die derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, wollte mit der raschen Ratifizierung auch ein Signal an die übrigen Mitgliedstaaten senden. Die nötige Zweidrittelmehrheit im slowenischen Parlament galt ob der Unterstützung durch die Regierungskoalition wie auch der größten Oppositionspartei, der liberaldemokratischen LDS, als sicher. Lediglich die rechtspopulistische Slowenische Nationalpartei (SNS) und eine Splittergruppe aus ihren ehemaligen Mitgliedern stimmten gegen den Lissaboner Vertrag. Zuvor hatte die Parlamentsmehrheit mit 56 Gegenstimmen die Forderung der Nationalisten nach einer Volksbefragung über die Ratifizierung zurückgewiesen.

### Spanien

Die spanische Verfassung sieht für die Ratifikation eine absolute Mehrheit im spanischen Kongress und eine einfache Mehrheit im Senat vor. Offizielle Äußerungen ob es wie auch 2005 im Zuge der Ratifikation des Verfassungsvertrages in Spanien zu einem fakultativen Referendum kommen wird gibt es noch nicht. Am 09. März 2008 finden in Spanien die Parlamentswahlen statt.

Während die spanische Position im Laufe der Vertrags-Verhandlungen bereits vor dem Hintergrund des laufenden Wahlkampfes kommentiert wurde, ist der Vertrag selbst wie auch seine Ratifikation kein Wahlkampfthema. Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon hatte sich Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) zufrieden über den gefundenen Kompromiss gezeigt. Spanien habe nach dem Vertrag von Nizza 2003 sehr viel Kredit verloren und würde mit dem neuen Vertrag von Lissabon viel wiedergewinnen. Der Zugewinn von vier weiteren Mandaten im Europaparlament (derzeit 50, ab 2009 54 Sitze) werde der Repräsentation Spaniens in den Institutionen der Europäischen Union einen höheren Stellenwert einräumen als nach dem Vertrag von Nizza. Anders reagierte die oppositionelle Volkspartei (PP) auf den Kompromiss. Nach Angaben des spanischen Europaparlamentarier Gerardo Galeote hat Spanien, seitdem Zapatero und die PSOE an der Regierung sind, an Relevanz und Bedeutung in der EU verloren. Der neue Vertrag von Lissabon bestätige diese marginalisierte Rolle Spaniens nur weiter. Spanien werde in seiner Rolle als Mittelmacht unterprivilegiert, während Italien und Polen Sonderrechte zugesprochen bekommen hätten. Daran trage Zapatero Schuld, weil er keinerlei Forderungen auf der europäischen Bühne stelle. Was die Mandate im EP anbelangt, so spekulierte die PP auf 55 bis 57 spanische Sitze. Die PSOE habe im EP die Ansprüche so gering wie möglich halten wollen, da sie gewusst habe, dass sie nicht in der Lage sei, Ansprüche zu stellen. Spanien

verkaufe sich in Europa unter Wert und erhalte nicht den Status, den es eigentlich verdiene.

### Tschechien

Die Frage, mit welcher Mehrheit der Vertrag von Lissabon im tschechischen Parlament bzw. Senat verabschiedet werden muss, hängt davon ab, ob im Sinne der tschechischen Verfassung mit dem Reformvertrag ein Kompetenztransfer vom Nationalstaat hin zur Europäischen Union verbunden ist. Falls dies der Fall sein sollte, müsste der Vertrag mit einer 3/5-Mehrheit in beiden Kammern gebilligt werden, ansonsten würde eine einfache Mehrheit genügen.

Wie der Vertrag nun ratifiziert wird ist noch offen. Premierminister Mirek Topolanek hat sich für eine parlamentarische Ratifizierung ausgesprochen. Die Bürgerdemokraten (ODS) hatten kurz nach Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon auf einer Sitzung des Exekutivrates in Pilsen beschlossen, das Verfassungsgericht solle sich dazu äußern, ob der neue EU-Vertrag nicht im Widerspruch zur tschechischen Verfassung steht. Bis dahin kann der Vertrag nicht dem tschechischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Mit einer echten Debatte über diese Frage darüber hinaus erst nach den Präsidentschaftswahlen gerechnet werden. Am 09. Februar 2008 war die Wahl des tschechischen Präsidenten im dritten Durchgang erneut gescheitert. Weder Amtsinhaber Vaclav Klaus noch sein Herausforderer Jan Svejnar konnten bei der Abstimmung beider Parlamentskammern am Samstag die erforderliche Mehrheit erreichen.

Der zur Wiederwahl stehende Klaus hatte in einer Rede, im Nachgang zum Europäischen Rat in Brüssel im Juni 2007, unter anderem erklärt: „Die heutige permanente Bewegung der EU zu „ever-closer Europe“, zu der so genannten Vertiefung, zur schnellen politischen Vereinigung, und besonders zum Supranationalismus sehe ich als nicht nur unnötig, sondern auch als politisch gefährlich und ökonomisch bremsend.“

### Ungarn

Ungarn hat am 17.12.2007 als erstes Land den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Für die Zustimmung war eine 2/3-Mehrheit im ungarischen Parlament nötig, wobei mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein musste. Das Ergebnis war aus europäischer Sicht überwältigend: mit 325 Ja- Stimmen gegenüber 5 Nein-Stimmen, bei 14 Enthaltungen, wurde der Gesetzentwurf über die Verkündung des Vertrages von Lissabon gebilligt.

### Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich ist die Frage nach der Art und Weise der Ratifikation des Lissabonner Vertrages äußerst umstritten. Während auf der einen Seite die konservative Opposition allen voran David Cameron, flankiert von einer weitgehend europaskeptischen Berichterstattung in den Medien, ausdrücklich nach einem Referendum verlangt, ist der britische Premier Gordon Brown auf der anderen Seite darauf bedacht, diesem Prozess entgegenzusteuern. Es wird erwartet, dass im Falle eines Referendums die Abstimmung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Ungunsten des Reformvertrags ausgehen würde. Die britische Regierung versucht vor allem mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Verteidigung der britischen opt-outs, die nötige Unterstützung für das Vertragswerk zu mobilisieren. Darüber hinaus argumentiert Downing Street, dass aufgrund des geänderten Charakters der Vertragswerks, eine Abstimmung auf dem Wege eines Referendums, anders als beim Verfassungsvertrag im Jahre 2005 geplant, nicht mehr nötig sei.

Einen ersten Teilerfolg in der Debatte konnte die Regierung verbuchen, da sie, trotz Widerstands auch aus den eigenen Reihen das Gesetz zur Ratifikation des Vertrages am 21. Januar 2008 mit 362 zu 224 Stimmen durch die zweite Lesung im Unterhaus brachte. 18 Labour-Abgeordnete unter Führung von Ian Davidson hatten einen Antrag auf ein Referendum eingereicht, der jedoch vom Sprecher des Unterhauses abgelehnt wurde. Davidson betonte, dies sei der „Beginn des Kampfes, nicht der Ende des Krieges“. Bis zu 100 weitere Mitglieder der Labour Partei seien unzufrieden mit der Ablehnung der Regierung, ein Referendum abzuhalten. Obwohl der Antrag bei den Konservativen wohl Unterstützung gefunden hätte, gehen britische Zeitungen davon aus, dass er aufgrund der wahrscheinlichen Enthaltung der Liberaldemokraten keine Mehrheit gefunden hätte.

Im Februar und März stehen nun 20 Tage weiterer Diskussionen an, bevor dann die entscheidende Abstimmung stattfinden wird.

### Zypern

Die Ratifikation soll nach den Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 in Angriff genommen werden. Die höchstwahrscheinlich notwendige zweite Runde der Wahl findet am 24. Februar 2008 statt. Der Vertrag von Lissabon muss in Zypern mit absoluter Mehrheit im Parlament ratifiziert werden. Der Verfassungsvertrag war 2005 mit breiter Mehrheit angenommen worden.

**LÄNDERBERICHT**  
**EUROPABÜRO BRÜSSEL**  
 FEBRUAR 2008

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

**Übersicht**

<b>Mitgliedstaat</b>	<b>Vertrag von Lissabon ratifiziert?</b>	<b>Datum / Zeitplan der Ratifizierung</b>
Belgien	Nein	Voraussichtlich 1. Jahreshälfte 2008
Bulgarien	Nein	Noch offen
Dänemark	Nein	Voraussichtlich Frühjahr 2008
Deutschland	Nein	Voraussichtlich Ende Mai 2008
Estland	Nein	Voraussichtlich 1. Jahreshälfte 2008
Finnland	Nein	Noch offen
Frankreich	Ja	07.02.2008
Griechenland	Nein	Noch offen
Irland	Nein	Referendum voraussichtlich 1. Jahreshälfte 2008
Italien	Nein	Nach Wahl im April 2008
Lettland	Nein	Voraussichtlich 1. Jahreshälfte 2008
Litauen	Nein	Voraussichtlich vor Wahlen im Okt. 2008
Luxemburg	Nein	Voraussichtlich 1. Jahreshälfte 2008
Malta	Ja	29.01.2008
Niederlande	Nein	Noch offen
Österreich	Nein	Frühestens April 2008
Polen	Nein	Noch offen
Portugal	Nein	Noch offen
Rumänien	Ja	04.02.2008
Schweden	Nein	Noch offen
Slowakei	Nein	Frühestens März 2008
Slowenien	Ja	29.01.2008
Spanien	Nein	Noch offen
Tschechien	Nein	Noch offen
Ungarn	Ja	17.12.2007
Vereinigtes Königreich	Nein	Noch offen
Zypern	Nein	Noch offen